

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Desmond Donnelly

Was kommt
nach der Eindämmung?

Peter Lyon

Neutralismus und Polyzentrismus

Geoffrey Hudson

China und die
kommunistische Bewegung

B 15/66
13. April 1966

Desmond Donnelly, Mitglied des Unterhauses (Labour), geboren 16. Oktober 1920. Veröffentlichungen u. a.: Trade with Communist Countries (mit Alec Nowe) 1960; No Gains without Pains, 1960; Years ahead, 1964; Struggle for the World, 1965.

Peter Lyon, Dozent für Internationale Beziehungen an der London School of Economics. Veröffentlichungen u. a.: Neutralism, 1963; War and Peace in South-East Asia, 1966.

Geoffrey Hudson, Fellow of St. Antony's College Oxford und Direktor des Instituts für Fernöstliche Studien dieses Colleges, Mitherausgeber der Londoner Vierteljahresschrift „China Quaterly“. Veröffentlichungen u. a.: Europe and China; Far East in World Politics.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Was kommt nach der Eindämmung?

Fulbrights und Kennans Vorschläge

Heute hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die Kuba-Krise ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der kommunistischen Welt und den Westmächten war. Senator Fulbright schreibt darüber folgendes:

„In der Kuba-Raketenkrise vom Oktober 1962 bewiesen die Vereinigten Staaten der Sowjetunion, daß eine Politik der Aggression und des Abenteuers unannehmbare Risiken in sich schließt. ... Die Annahme scheint daher gerechtfertigt, daß sich der Charakter des Kalten Krieges zumindest für den Augenblick tiefgehend geändert hat: durch die Abkehr der Sowjetunion von einer äußerst aggressiven Politik, durch den stillschweigenden Verzicht beider Seiten auf einen ‚totalen Sieg‘ und durch die Herstellung einer amerikanischen strategischen Überlegenheit, die die Sowjetunion, wie es scheint, stillschweigend akzeptiert hat, weil die Vereinigten Staaten gleichzeitig Zusicherungen abgaben, daß sie diese Überlegenheit verantwortungsbewußt und zurückhaltend handhaben würden. ... Das sind außerordentlich wichtige Veränderungen. ... Ihre Wirkung war, daß wir uns auf eine Außenpolitik festgelegt haben, die man zutreffend — wenn auch vielleicht unvorsichtig — als eine Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ bezeichnen kann.“¹⁾

Ein ähnliches, freilich enger gefaßtes Urteil fällt auch Professor Richard Löwenthal: „Man kann annehmen, daß die Niederlage in Kuba einen Wendepunkt in der sowjetischen Strategie darstellt.“²⁾

Die Schlußfolgerungen, die aus dieser Feststellung gezogen werden, gehen jedoch weit

In dieser Ausgabe wird der auszugsweise Abdruck der Diskussion über „Außenpolitik in einer polyzentrischen Welt“ aus dem Januarheft der Londoner Vierteljahrszeitschrift „Survey“ mit der Veröffentlichung dreier weiterer Artikel abgeschlossen (siehe auch „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 9/66).

auseinander. Senator Fulbright ist der Meinung, seit Kuba zeige die Sowjetunion eine neue Bereitschaft, für beide Seiten vorteilhafte Abmachungen mit dem Westen zu treffen, und der Westen solle „die Sowjetunion für bestimmte Zwecke als normalen Staat mit normalen und traditionellen Interessen behandeln“. Als Hauptargument führt er den Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche an. George Kennan, dessen allgemeine Einschätzung der gegenwärtigen Lage gewisse Parallelen mit der Fulbrights auf-

Peter Lyon:

Neutralismus und Polyzentrismus S. 9

Geoffrey Hudson:

China und die kommunistische Bewegung S. 17

weist, hat ernstlich davor gewarnt, allzu weitgehende Schlüsse aus der Kuba-Affäre zu ziehen. Besonders tadelt er die extreme Auffassung, Moskau betreibe im wesentlichen eine Politik des Bluffs und könne immer zum Nachgeben gezwungen werden, wenn man es klipp und klar vor die Alternative des Krieges stelle. Er schreibt: „Was man auch sonst von den russischen Kommunisten sagen mag, die Geschichte liefert keinen Beweis für die Annahme, daß sie Feiglinge wären.“³⁾

Sowohl Fulbright als auch Kennan plädieren — mit unterschiedlichem Nachdruck — für eine neue Bewertung der grundlegenden Ziele

1) J. W. Fulbright, *Old Myths and New Realities*, S. 4—5.

2) In: Arnold Wolfers (Hrsg.), *Changing East-West Relations and the Unity of the West*, S. 64.

3) George F. Kennan, *On Dealing with the Communist World*, S. 14.

der Sowjetunion und für einen entsprechenden Wandel in der Haltung des Westens. Fulbrights Forderungen sind radikaler und weniger differenziert. Er erklärt ausdrücklich: „Was uns bedroht, ist nicht der Kommunismus als Doktrin und auch nicht der Kommunismus, wie er *innerhalb* der Sowjetunion oder *innerhalb* irgendeines anderen Landes praktiziert wird. ... Uns und andere Völker der nichtkommunistischen Welt bedroht nicht das kommunistische Dogma, dem man in Rußland anhängt, sondern der kommunistische Imperialismus.“ Fulbright ist fest davon überzeugt, daß die Sowjetunion im Begriff sei, ihren missionarischen Eifer gegenüber den Entwicklungsländern und ihr ursprüngliches Ziel einer kommunistischen Welt aufzugeben. Der Ansicht, daß alle kommunistischen Regimes gleich bedrohlich seien, gesteht er „eine gewisse Gültigkeit in Stalins Zeiten“ zu, aber nicht mehr jetzt. Das ist ein bedeutsamer Wortgebrauch; er zeigt, wie Fulbright denkt. Kennan ist vorsichtiger. Seiner Meinung nach werden zwar politische Veränderungen in der Sowjetunion kommen, aber — zumindest auf absehbare Zeit — „nur auf der Grundlage und im Rahmen des gegenwärtigen politischen Systems“. Beide empfehlen jedoch übereinstimmend eine elastischere Politik gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern. Den Begriff des Endsiegs im Kalten Krieg stellen sie in Frage. „Die Frage lautet nicht: Warum nicht Sieg? Die Frage lautet: Was bedeutet ‚Sieg‘?“, sagt Kennan und fährt fort: „Ich predige keinen rückgratlosen Pazifismus.“

Was nun bereitet ihnen Sorge? Vor allem die Tatsache, daß die Westmächte unter Führung der Vereinigten Staaten von den in den kommunistischen Ländern sich vollziehenden Wandlungen nicht gebührend Kenntnis nehmen — Kennan spricht von „massivem Unverständnis“ — und ihre Politik nicht entsprechend modifizieren. Welches sind ihre konkreten Vorschläge? Hier gibt es Unterschiede. Während Kennan ein ausgesprochener Gegner der amerikanischen Vietnam-Politik ist, räumt Fulbright ein, daß zunächst die amerikanische Position gestärkt werden müßte, damit von da aus später wirksame Verhandlungen eingeleitet werden könnten. Doch es läuft wieder auf das gleiche hinaus: Beide scheinen als Faktum hinzunehmen, daß der Westen in der Nach-Kuba-Ära entweder gespalten oder in der Haltung eines umgekehrten Stalinismus erstarrt sei, daß er unfähig oder nicht willens sei, die neue Situation auszunutzen. Welche Maßnahmen empfehlen nun diese hervorragenden außenpolitischen Denker Amerikas? Kennan wünscht für den Anfang mehr Ost-West-Handel und dereinst die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die Gemeinschaft Europas — eine Abwandlung seiner Disengagement-Vorschläge. Fulbright ist unklarer. Er erstrebt einen erweiterten „Grenzbereich der Loyalitäten“ und verlangt, daß wir „Friedenserwartungen schaffen, die kraft ihres Eigengewichtes eine ebenso große Wirkung haben können wie die Erwartung eines Krieges“.

Sowjetische Politik ist immer noch expansionistisch

Das sind löbliche Ziele, die aber an praktischer Durchführbarkeit viel zu wünschen übriglassen. Die Gebiete zu erkunden, auf denen Verständigung möglich und für beide Seiten vorteilhaft wäre, ist immer nützlich; wichtig ist aber auch, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und nicht, wie wir sie gern hätten.

Gewiß, Kuba war ein Wendepunkt. Vor allem deshalb, weil die Sowjetregierung erkennen mußte, daß sie den amerikanischen Widerstandswillen falsch eingeschätzt hatte, und auch weil sie gezwungen war, die Gebiete, an denen sie ein lebenswichtiges Interesse hat, neu zu bestimmen und von Gebieten für bloße spekulative Abenteuer abzugrenzen. Die kritischen Stunden im Oktober 1962 lehrten die Sowjetregierung, daß auch die Regierung der

Vereinigten Staaten an bestimmten Gebieten ein lebenswichtiges Interesse hat. Diese Lektionen haben sich, wie ich vermute, dem sowjetischen außenpolitischen Denken unauslöschlich eingeprägt. Aber sie haben keineswegs zu einem Verzicht der Sowjetunion auf grundlegende Ziele geführt, wie Fulbright anzunehmen scheint. Er muß der Tatsache ins Auge sehen, daß die Sowjetunion weder unter Chruschtschow noch unter Breshnew und Kossygin ihre Absicht aufgegeben hat, den weltweiten Vormarsch des Kommunismus durch eine Kombination von gewaltsamen und friedlichen, revolutionären und diplomatischen Mitteln voranzutreiben. Er mag argumentieren — indirekt tut er es tatsächlich —, daß man von keinem kommunistischen Staat eine

offene Absage an seine revolutionäre Ideologie erwarten dürfe. Vielleicht wird diese Ideologie in der Zukunft wirklich aufgegeben; aber heute müssen wir unsere Schlüsse aus der sowjetischen Politik ziehen, die in Vietnam und im übrigen Südostasien tatsächlich praktiziert wird.

Gibt es, von Südostasien einmal abgesehen, andere Gebiete, wo die Verhältnisse derart in Wandlung begriffen sind, daß eine Ost-West-Verständigung möglich wäre? Fulbright und Kennan glauben es. Aber das zentrale Problem, das den Anstoß zum Kalten Krieg gab — die sowjetische Herrschaft über Osteuropa und die Teilung Deutschlands —, ist noch genauso weit von einer Lösung entfernt wie in den Tagen, da Stalin im Kreml regierte. Kennan muß einsehen, daß sich durch die von ihm vorgeschlagene Handels- und vielleicht auch Kreditpolitik gegenüber Osteuropa eventuell begrenzte Übereinkommen erzielen lassen, aber eben nur sehr begrenzte. Die Maßnahmen, die er anregt, werden weder an dem kommunistischen Charakter der Regimes in

Osteuropa etwas ändern noch an der militärischen Lage, da ja diese Regierungen ihre ganze Existenz der Sowjetmacht verdanken. Auch an der Geschlossenheit dieser Gesellschaften werden sie im wesentlichen nichts ändern, da es Grenzen der Lockerung gibt, über die autoritäre Regimes nicht hinausgehen können, ohne sich selbst zu gefährden. Und wenn Kennan glaubt, die Sowjetunion werde als Vorleistung auf eine allgemeine große Beilegung der Ost-West-Probleme ihre Truppen aus Mitteleuropa abziehen, so wird sich diese Meinung als falsch erweisen. Oder man sehe sich die „neutralen“ Länder Afrikas und Asiens an. Es stimmt: Die Kuba-Krise war für die Sowjetunion eine Warnung vor militärischen Abenteuern in Zonen lebenswichtiger amerikanischer Interessen und auch in Gebieten, wo die Amerikaner konventionell überlegen sind und daher eine sowjetische Aktion ohne Rückgriff auf Kernwaffen nicht erfolgreich weitergetrieben werden könnte. Es stimmt aber nicht, daß die sowjetische Politik in ihrer Zielsetzung seither weniger expansionistisch wäre.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt

Als nächstes erhebt sich die Frage nach der Wirkung des sowjetisch-chinesischen Konflikts auf die sowjetische Politik und auf die Stellung der osteuropäischen Länder. Ohne Zweifel hat der Konflikt die Sowjetunion gezwungen, mit China in einen Konkurrenzkampf um die Loyalität anderer kommunistischer Länder einzutreten und ihre Politik gegenüber diesen Ländern dementsprechend zu modifizieren. Diese Länder haben dadurch ein begrenztes Machtgefühl gewonnen, das sie vorher nicht besaßen; aber was die Beziehungen zum Westen anlangt, so ist vorläufig nur eine etwas größere Manövrierfreiheit im Handels- und kulturellen Verkehr herausgekommen. Die eigentlichen Auswirkungen sind bisher

auf das Verhältnis der kommunistischen Staaten untereinander beschränkt geblieben, und meiner Meinung nach ist in dieser Generation und vielleicht sogar im 20. Jahrhundert nicht mehr damit zu rechnen, daß sie auch in den globalen Ost-West-Beziehungen bemerkbar werden. Viel wahrscheinlicher sind Veränderungen in Südostasien, wie das entgegengesetzte Verhalten der Sowjetunion und Chinas zum indisch-pakistanischen Konflikt beweist. Hier haben die sowjetische und die westliche Politik ein gemeinsames Interesse. Doch wird China in absehbarer Zeit weder stark genug sein noch wird es einen politischen Nutzen darin erblicken, sich wegen Indien in einen noch schärferen Konflikt mit der Sowjetunion einzulassen.

Die Neutralen

Senator Fulbrights Gedankengang schließt die Befürchtung ein, daß fortgesetzte „Unnachgiebigkeit“ des Westens gegenüber den kommunistischen Staaten uns bei den sogenannten Neutralen schaden werde. In gewissem Maße ist das richtig; doch bezweifle ich, daß das

Problem besonders wichtig ist und Anlaß zu ernster Sorge gibt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben schlüssig bewiesen, daß die Neutralen überhaupt nicht neutral sind. Ihre Führer huldigen meistens einer doppelten Moral. Ihre Handlungen zeigen, daß es ihnen

hauptsächlich um Kirchturminteressen geht. Und ihre militärische Stärke — selbst aller dieser Länder zusammengenommen — ist in einer wirklichen Kraftprobe zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten praktisch bedeutungslos, wie die Impotenz der afro-asiatischen Staaten in den Vereinten Nationen im Oktober 1962 bewies. Gewiß haben die Neutralen eine Art öffentlicher Meinung, die im Grunde antiwestlich ist, weil das Erlebnis des Kolonialismus mit den Westmächten verbunden ist. Dessen müssen wir immer

eingedenk sein. Aber meiner Meinung nach werden wir damit am besten fertig, wenn wir unsere Auslandshilfe politisch flexibel gestalten und sie mehr der politischen Haltung des Empfängerlandes anpassen. Es ist ein Fehler anzunehmen, die Grundsätze und die Grobherzigkeit des westlichen Liberalismus seien universell anwendbar und würden überall gewürdigt. Das jedoch ist die Logik des wohlmeinenden, aber irrigen weltpolitischen Konzepts, das Fulbright vertritt.

Sowjetische Außenpolitik und Innenpolitik hängen eng zusammen

Ich komme zur letzten Frage: Kann die westliche Politik die sowjetische (und die chinesische) Innenpolitik beeinflussen? Das ist die Kernfrage, weil die Außenpolitik kommunistischer Staaten viel enger mit den innenpolitischen Verhältnissen zusammenhängt, als dies bei westlichen Ländern der Fall ist. Kommunistische Außenpolitik ist oft sogar eine spezifische Ausdrucksform von Innenpolitik. Insofern, als die Westmächte das sowjetische Weltmachtstreben aufgehalten und eingedämmt haben, kann man sagen, daß die westliche Politik eine tiefgehende Wirkung auf das kommunistische Denken hatte. Es ist auch richtig, daß die Entwicklung der nuklearen Stärke Amerikas vor Kuba und ihr weiterer Ausbau zu den inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion und, in geringerem Grade, auch zu dem sowjetisch-chinesischen Streit beigetragen haben. Diese westlichen Einflüsse sind negativ. Kann man aber annehmen — das nämlich folgt logisch aus Kennans Position —, die Wandlungen der Sowjetpolitik in der Nach-Stalin-Ära seien darauf zurückzuführen, daß die Westmächte „nett“ zu den kommunistischen Ländern waren? Was veranlaßte Chruschtschow zu seiner Rede auf dem XX. Parteitag — die inneren Spannungen der kommunistischen Gesellschaft oder die ihm bekannten Sympathien westlicher Liberaler für jedwede Entstalinisierungsmaßnahme? Nahmen die Sowjetführer seit 1958 die chinesische Herausforderung an, weil ihnen die Perspektiven der westlichen Politik verheißungsvoll erschienen oder weil sie keine Alternative hatten? Und endlich: Ist das unverkennbar vorsichtige Verhalten der Sowjets in letzter Zeit mehr der amerikanischen Kuba-Aktion 1962 zu verdanken oder einer versöhnlicheren Politik des Westens? Die Antworten liegen auf der Hand.

Freilich werden diese Antworten der Sachlage nicht völlig gerecht, und in einigen Punkten muß man den Ansichten Fulbrights und Kennans schon eine gewisse Berechtigung einräumen. Die Entstalinisierung konnte unter anderem auch deshalb Fortschritte machen, weil der westliche Widerstand gegen den sowjetischen Expansionismus sich nicht zu unerträglichem Druck steigerte. Eine gute Illustration ist die ungarische Revolution: Wären die Westmächte Nagy und seinen Anhängern zu Hilfe geeilt — ein Verhalten, das alle westlichen liberalen Traditionen nahelegten —, so hätten sie damit wahrscheinlich eine derart heftige sowjetische Reaktion provoziert, daß eine überaus ernste Situation entstanden wäre. Ein anderes Beispiel: Hätten die in West-Berlin stationierten amerikanischen Panzer am 13. August 1961 den Befehl erhalten, die völlig widerrechtlich errichtete Berliner Mauer niederzuwalzen — viele westliche Denker meinen, dieser Befehl hätte erteilt werden müssen —, so wäre die sowjetische Reaktion unmöglich vorauszusehen gewesen. Nach der Kraftprobe von Kuba ließ es sich der Westen angelegen sein, die Verhandlungen über ein Verbot der Kernwaffenversuche fortzusetzen. Das erwies sich als völlig richtig, denn die Unterzeichnung des Vertrags im Jahre 1963 kam einer Erklärung der sowjetischen Unabhängigkeit von chinesischen Pressionen gleich und erweiterte die Kluft zwischen den beiden kommunistischen Großmächten. Festigkeit gepaart mit vorsichtiger Erkundung von Verständigungsmöglichkeiten kann im Laufe der Jahre gewisse Fortschritte ermöglichen. Aber man muß scharf unterscheiden zwischen dieser Art des Vorgehens und Kennans seltsamen Schuldgefühlen bei westlichen Erfolgen oder Fulbrights beinahe stürmischem Händeschütteln.

Wo ist Verständigung möglich? Der Vertrag über die Einstellung der Atomversuche hat gezeigt, daß in sehr begrenzten Formen der Abrüstung allmähliche Fortschritte erzielt werden können; freilich machen die Abrüstungsverhandlungen deutlich, wie langsam der Fortschritt sein kann. Ein andere begrenzte Hoffnung liegt in einer gewissen Ausdehnung des Ost-West-Handels, wie sie Kennan vorschlägt. Eine neue Möglichkeit kann sich in Vietnam eröffnen, sobald die Vereinigten Staaten ihre militärische Überlegenheit unzweideutig erwiesen und den nordvietnamesischen Führern klargemacht haben, wie kostspielig und gefährlich es ist, den Kampf fortzuführen. Das kann sogar eine umfassendere Anerkennung

des asiatischen Status quo im Gefolge haben, weil die Sowjetunion begrenzte, aber festumrissene Interessen hat, die sich mit denen der Westmächte ergänzen. Das endgültige Fazit aus einer objektiven Beobachtung der Beziehungen zwischen Ost und West in der Mitte der sechziger Jahre kann jedoch nur reserviert und ziemlich trübe ausfallen. Den Westmächten bleibt sehr wenig Raum zur Initiative, ja auch nur zum Manövrieren. Dem Handeln der Staatsmänner sind zwangsläufig Schranken gesetzt. Diejenigen, die Geschichte machen, haben im Augenblick sehr wenig Macht, das Geschehen zu beeinflussen. Es ist zu hoffen, daß sie eines Tages ihre Chance erhalten.

Neutralismus und Polyzentrismus

Polyzentrismus ist normal

Neutralismus und Polyzentrismus sind jetzt sehr geläufige Begriffe, sowohl in deskriptivem wie in polemischen Sinne. Höchstwahrscheinlich werden sie das auch noch eine ganze Weile bleiben. Bei beiden geht der heutige Gebrauch natürlich weit hinaus über die spezifischen Zusammenhänge, in denen sie zuerst auftauchten. Als Begriffe sind sie tatsächlich neu. Deswegen muß man aber nicht meinen, daß Neutralismus und Polyzentrismus neue Züge im internationalen Leben der Gegenwart wären. Richtiger ist es, sie als alte Bekannte zu betrachten, die freilich oft in neuem Gewand und neuem Milieu auftreten. Dafür sollte man in der kurzen Periode von 1949 bis 1955 eine seltene Ausnahme sehen, nämlich eine Periode starrer globaler Bipolarität. Diese wich dann einer lockeren Bipolarität, die ihrerseits der Multipolarität oder dem Polyzentrismus Platz machen mag.

Wenn man vom Gleichgewicht der Mächte spricht, meint man in der Regel die Verteilung von Macht und Einfluß unter den Großmächten. Der Begriff Großmacht setzt eine — ziemlich grobe — Klassifizierung voraus, deren Elemente die Reputation und die geschätzte tatsächliche und potentielle Militärmacht des betreffenden Staates bilden. Kleine Staaten sind natürliche Teile des diplomatischen Systems; aber sie können — beinahe per definitionem — nicht als entscheidende Größen in den Gleichungen des weltweiten Mächtegleichgewichts figurieren. Den Charakter des gesamten diplomatischen Systems unter dem Gesichtspunkt des Mächtegleichgewichts zu betrachten, ist den Großmächten vorbehalten. Großmächte sind jene Staaten, von denen angenommen wird, daß jeder von ihnen das ganze Staaten-

system beherrschen oder zumindest schwer erschüttern könnte, wenn er nicht von seinesgleichen in Schach gehalten würde. Jede Großmacht wird also für fähig gehalten, selbständig beträchtliche Gewalt auszuüben; sie ist somit eine polare Macht. Es ist stets etwas zweifelhaft gewesen, ob zwei oder mehr Großmächte gleichzeitig Mitglieder eines Bündnisses sein können. Die Anerkennung der offenkundigen Tatsache, daß Allianzen bindend oder nicht bindend, daß sie scheinbar schwach oder stark sein können, öffnet der Spekulation und Ungewißheit ein weites Feld. Wie dem auch sei: die Großmächte bilden zusammen ein System gegenseitiger Kontrolle und Hemmung, das allgemeine Gleichgewicht der Mächte kann in einem gegebenen Zeitpunkt stabil oder instabil, einfach oder komplex, zweiseitig oder mehrseitig sein. In den letzten drei Jahrhunderten herrschte viel häufiger ein multipolares Mächtegleichgewicht als ein bipolares. So gesehen ist der normale Rahmen außenpolitischer Probleme eine polyzentrische oder multipolare Welt; Bipolarität ist ein seltenerer Zustand, der gewöhnlich durch einen großen Krieg herbeigeführt wird. Von grundlegender Bedeutung für die Beschaffenheit des allgemeinen Mächtegleichgewichts in der Welt ist, wie viele Großmächte es gibt und wie sich diese Großmächte zueinander verhalten; ob sie danach streben, Bündnisse zu schließen, aufrechtzuerhalten oder aufzulösen, und mit welchem Erfolg. Alle diese Fragen gehören hierher, weil der Polyzentrismus vornehmlich bündnisschließende Mächte betrifft, während der Neutralismus in erster Linie die Sache solcher Mächte ist, die eine Mitgliedschaft in den Allianzen der Großmächte zu vermeiden suchen.

Was ist Neutralismus?

Der Begriff des Neutralismus kam Ende der vierziger Jahre in Frankreich auf und erlangte bald internationale Geltung. Der Terminus war ursprünglich abschätzig gemeint; er sollte den Standpunkt derjenigen bezeichnen, die gegen die Mitgliedschaft Frankreichs in der

NATO waren. Mit der Zeit erweiterte sich seine Bedeutung; er wurde nun auf alle Länder und Völker angewandt, die nicht mit den Lagern des Kalten Krieges, dem kommunistischen oder dem kapitalistischen Lager, wie man sie nannte, identifiziert werden wollten.

Oder genauer gesagt: Neutralisten waren all jene, die es aus irgendeinem Grund (und es gab zahlreiche und vielfältige Gründe) ablehnten, sich den Militärbündnissen der Sowjetunion oder der Vereinigten Staaten anzuschließen. Unter Neutralismus verstand man also zunächst alle Formen des Abseitsstehens vom Kalten Krieg.

Ich für meine Person würde es vorziehen, die Begriffe Neutralismus und Bündnisfreiheit oder Blockfreiheit (*non-alignment*) auseinanderzuhalten. Unter Neutralismus würde ich eine Ideologie verstehen — Gefühle, Bestrebungen, Aversionen, die eine Überzeugung nähren, Argumente, die sie in ihrer artikuliertesten Form rechtfertigen —; unter Bündnisfreiheit eine außenpolitische Haltung. Aber der Sprachgebrauch geht so durcheinander, daß es wahrscheinlich wenig Sinn hat, einen Unterschied zwischen diesen ohnehin unscharfen und fließenden Kategorien zu machen. Im großen und ganzen gelten Neutralismus und Bündnisfreiheit heute als Synonyme.

Neutralismus und Bündnisfreiheit

Der Neutralismus, wie er Ende der vierziger Jahre in einer Reihe von Protestbewegungen gegen Militärbündnisse in Erscheinung trat, blieb wirkungslos. Aber Anfang der fünfziger Jahre erschien eine neue Strömung, die sich als stärker und dauerhafter erwies. Das war der außenpolitische Neutralismus der seit kurzem unabhängigen Staaten Asiens (und später Afrikas). Der wichtigste Wegbereiter dieser Bewegung war Indien. Symbolisch für diesen Wandel war, daß jetzt der Ausdruck „Bündnisfreiheit“ mehr in Gebrauch kam, besonders bei denen, die ihre Unabhängigkeit von den Rivalen des Kalten Krieges kundzutun wünschten. „Neutralismus“ hatte jetzt schon einen Beiklang von Passivität, von Gleichgültigkeit gegenüber moralischen und politischen Fragen, während „Bündnisfreiheit“ zunächst nur ein einfaches Faktum ausdrückte — Abwesenheit von formellen Bündnissen —, dann aber nach Belieben mit positiverem Inhalt angereichert werden konnte. Nehru, der den Ausdruck „Neutralismus“ als Kennzeichnung der indischen Außenpolitik stets ablehnte, sprach 1952 zum erstenmal von der „Bündnisfreiheit“ seines Landes. Damit prägte der einen neuen Namen für eine Reihe von Ideen, die er ununterbrochen seit 1947 und zum Teil schon seit den späten zwanziger Jahren verfochten hatte.

Ideologischer Neutralismus findet sich — ausgesprochen oder unausgesprochen — in allen Ländern, denn dem Wunsch, abseits vom Kalten Krieg zu stehen, gewissen Militärbündnissen fernzubleiben, können vielerlei Motive, Ambitionen oder Aversionen zugrunde liegen. Einige besonders in die Augen springende Motive sind der Widerwille gegen den beherrschenden Einfluß der Großmächte auf die Weltpolitik, die Furcht vor einem Atomkrieg, der Wunsch, als Verröhner, Vermittler, Friedensstifter aufzutreten oder andere in diese Rolle zu drängen. Der Neutralismus kann auch in Provinzialismus, Isolationismus, Idealismus oder Zynismus wurzeln. Die emotionalen Ursprünge des ideologischen Neutralismus liegen also in wohlbekannten Zügen der menschlichen Natur; seine Wirkungsweise hängt jedoch so sehr von den örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten, vom *enracinement* ab, daß diese Prozesse einzeln untersucht werden müssen — allerdings nicht hier.

Es war vor allem dem Einfluß der Nehruschen Ideen zuzuschreiben, daß von der Mitte der fünfziger Jahre an viele bündnisfreie Staatsmänner von eigenen Gnaden sowie einige Wissenschaftler von einer Theorie oder Doktrin der Bündnisfreiheit sprachen. Als Doktrin nahm der Neutralismus entweder die Form sehr vager, erhabener und allgemeiner oder sehr partikularistischer, zufallsbedingter Thesen an; einen Mittelweg scheint es nicht zu geben. Die partikularistischen Aussagen müssen natürlich jede für sich beurteilt werden.

Die allgemeinen Thesen lassen sich in der Regel etwa folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der Neutralismus kann helfen, internationale Konflikte zu mildern und vielleicht ganz aus der Welt zu schaffen.
2. Der Neutralismus ist moralisch zu rechtfertigen.
3. Der Neutralismus ist eine wahrhaft unabhängige, vielleicht die einzige wahrhaft unabhängige Politik.
4. Der Neutralismus bedeutet Opposition gegen jede Form von Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.
5. Der Neutralismus fördert die allgemeine Abrüstung und den Weltfrieden.

Derartige Sätze werden von manchen als Bestandteile einer allgemeinen Theorie der Bündnisfreiheit angesehen, einer Theorie, die reich an Einsichten und universell gültig und anwendbar sein soll¹⁾. Ich halte das für einen sehr schädlichen und abwegigen Mythos. Meine Gründe für diese Ansicht habe ich an anderer Stelle entwickelt²⁾, ich brauche sie hier nicht zu wiederholen. Es kann jedoch hinzugefügt werden, daß die Grundannahme, von der fast alles Theoretisieren über Bündnisfreiheit ausgeht, in den Tatsachen der internationalen Geschichte ebenso wenig eine Stütze findet wie seinerzeit Dulles' berüchtigte Gegenthese, daß „Neutralität“ (worunter er, wie sich aus dem Zusammenhang ergab, Bündnisfreiheit oder Neutralismus verstand) kurzichtig und unmoralisch sei, von Ausnahmefällen

abgesehen. Aus der Vergangenheit läßt sich weder Bündnisbildung noch Bündnisfreiheit als Norm internationaler Politik ableiten; beide waren in der Geschichte des modernen Staatensystems stets nebeneinander anzutreffen. Gewisse Tendenzen der Bündnisbildung und Bündnisfreiheit scheinen jedoch eine solide Grundlage in den geschichtlichen Tatsachen zu haben. Großmächte sind gewöhnlich bündnisschließende Mächte. Weniger eindeutig läßt sich sagen, daß kleine Mächte Bündnissen aus dem Wege gehen; einige sind stets bündnisscheu, andere nicht. Von bestimmendem Einfluß sind hier die Verhältnisse, besonders geographische und militärische. In der Nachkriegszeit seit 1945 haben sich die neuen Staaten fast immer in irgendeiner Form zur Bündnisfreiheit bekannt.

Auch die Dritte Welt ist voller Konflikte

Die Bandung-Konferenz im April 1955 gab dem Empfinden, daß eine asiatisch-afrikanische Wiedergeburt im Gange sei, gewaltigen Auftrieb. Sie stärkte auch das Selbstvertrauen mehrerer Führer bündnisfreier Staaten und weitete ihren Horizont. Es entstand der Brauch, daß bestimmte Führer einander konsultierten und gemeinsam handelten, wenn dies für alle Teile zweckmäßig erschien. Ein frühes Beispiel waren die Treffen von Nehru, Nasser und Tito auf Brioni; ihnen folgten viel größere neutralistische Konferenzen, namentlich die in Belgrad im September 1961 und die in Kairo im Oktober 1964. Daß ein Land eine neutralistische Außenpolitik trieb, war in den frühen fünfziger Jahren im wesentlichen an einem negativen Kriterium erkennbar: eben daran, daß es nicht den Militärbündnissen der Großmächte angehörte. Anfang der sechziger Jahre hingegen war es das Hauptkennzeichen einer neutralistischen Außenpolitik, wenn das betreffende Land auf den Teilnehmerlisten der großen neutralistischen Konferenzen stand. In Belgrad waren fünfundzwanzig neutralistische oder bündnisfreie Staaten voll vertreten, während einige andere, namentlich lateinamerikanische Staaten, die Beobachter entsandt hatten, eine Art halbneutralistischen Status hat-

ten. In Kairo waren neunundvierzig Länder voll vertreten, zehn hatten Beobachter entsandt. Zumindest Nasser hatte bereits 1955/56 begriffen (und gab die Lehre weiter): Wenn Neutralismus unmoralisch ist, wie Mr. Dulles behauptete, so kann doch der Sünde Sold für einen „aktiven und positiven“ Neutralismus hoch sein.

Damals wurde auch der Begriff *le tiers monde* (die Dritte Welt) geprägt³⁾; jedoch erst nach mehr als vier Jahren, nachdem 1960 in Afrika etwa zwanzig neue Staaten entstanden waren, wurde das englische Äquivalent *the third world* zum gängigen Schlagwort. „Die Dritte Welt“ war und ist ein etwas unklarer Begriff. Manche verführt er zu der Annahme, zwischen den Bündnisfreien bestehe weitgehende Übereinstimmung, sie zögen alle einträchtig an einem Strang. Diese Vorstellung ist so weit von der Wirklichkeit entfernt — und wird es wahrscheinlich auch bleiben —, daß man sie als rein mythologisch bezeichnen muß. Die Solidarität der Bündnisfreien wird gewöhnlich sehr überschätzt. Das soll jedoch nicht heißen, daß der Begriff der Dritten Welt völlig inhaltlos wäre⁴⁾. Er ist eine bequeme Kurzbezeichnung für einen ansehnlichen Teil der Welt und

¹⁾ Das non plus ultra dieser Denkweise wird erreicht in: John Burton, *International Relations: A General Theory*, 1965, besonders Teil 5.

²⁾ In meinem Buch: *Neutralism*, 1963; siehe besonders Kapitel 3.

³⁾ Von dem französischen Soziologen Georges Balandier; siehe: *Le tiers monde*, herausgegeben von G. Balandier, Paris 1956.

⁴⁾ Die These, daß er durchaus nicht inhaltlos ist, verfiel auf anregende Weise Peter Worsley, *The Third World*, London 1964.

für Prozesse, die zwar nicht komplizierter, aber auch nicht weniger kompliziert sind als die, welche sich in der sogenannten westlichen Welt vollziehen. Die Dritte Welt hat genau wie die beiden anderen Welten ihre Sympa-

thien und Animositäten, ihre Fehden und Freundschaften. Im allgemeinen sind schwere innere Wirren in der Dritten Welt häufiger als anderswo, und das wird sich so bald nicht ändern.

Am Anfang stand der Titoismus

Der Begriff „Polyzentrismus“ erblickte gleichfalls in dem ereignisreichen Jahr 1956 das Licht der Welt. Sein Erfinder war bekanntlich der inzwischen verstorbene italienische Kommunistenführer Togliatti. In einem Interview für die italienische Zeitschrift *Nuovi Argomenti* sagte Togliatti am 16. Juni 1956, die verschiedenen kommunistischen Parteien müßten verschiedene Wege gehen: „Das ganze System wird polyzentrisch, und auch in der kommunistischen Bewegung selbst können wir nicht von einem einzigen Führer sprechen, sondern vielmehr von einem Fortschritt, der dadurch erzielt wird, daß man Wegen folgt, die oft verschieden sind.“ Diese Ansicht, die man fortan von vielen Seiten in den verschiedensten Abwandlungen zu hören bekam, war natürlich nicht völlig neu. Im Grunde war es die gleiche Linie, die Tito im Zuge der Ereignisse formuliert hatte, die 1948 zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform führten. Tito hatte damals Stalins Behauptung bestritten, daß die kommunistische Weltbewegung ein führendes Zentrum brauche, und ferner hatte er Stalins Prahlerei widerlegt, es bedürfe nur eines Winks von ihm und Tito sei erledigt. Daß Titos erfolgreicher Widerstand gegen Stalin nicht andere kommunistische Staaten ermunterte, ebenfalls zur Bündnisfreiheit überzugehen — denn das war die praktische Bedeutung seines Schritts —, lag an Stalins Ent-

schlossenheit, den Titoismus in Osteuropa unbekümmert um das persönliche Schicksal Titos auszurotten. Es ist daran zu erinnern, daß Togliatti den „Titoismus“ unter der neuen Bezeichnung „Polyzentrismus“ verteidigte, nachdem Chruschtschows berühmte Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU die kommunistische Welt wie ein Donnerschlag aufgeschreckt hatte. Entstalinisierung war jetzt die offizielle Losung in dem Lande, das lange Zeit beansprucht hatte, das Zentrum des Weltkommunismus zu sein, und der Prozeß der Aussöhnung mit Jugoslawien war schon im Gange. Die sowjetischen Führer hatten ihre Bußwallfahrt nach Belgrad bereits hinter sich und umwarben jetzt eifrig einige ausgewählte bündnisfreie Staaten Asiens. Beachtenswert ist der Umstand, daß Togliatti von der polyzentrischen Entwicklung nicht nur der kommunistischen Bewegung, sondern des ganzen Weltsystems sprach. Diesen letzten Punkt lernen die bündnisfreien Staaten der kommunistischen Welt wie der Dritten Welt zunehmend schätzen. Denn im Laufe der Entwicklung und Verschärfung des chinesisch-sowjetischen Konflikts haben viele bündnisfreie Staaten Asiens und Afrikas festgestellt, daß dieser Konflikt zwar im allgemeinen schädliche, manchmal aber auch — für sie — günstige Auswirkungen hat.

Russen und Chinesen haben für Bündnisfreiheit nicht viel übrig

Die Tatsache, daß China und die Sowjetunion offen als Rivalen im Werben um die Gunst der bündnisfreien Staaten auftreten, veranlaßt diese, im Verkehr mit den kommunistischen Großmächten auf der Hut sein. Jede der beiden warnt unverlangt vor der Schlechtigkeit und den Ambitionen der anderen; das kann ihr Bild in den Augen von Völkern, die sie meist gerade erst kennenlernen, nicht eben verbessern. Die plumpe Holzhammer-Diplo-

matie der Vertreter Chinas auf der afro-asiatischen Konferenz von Algier im Juni 1965, die das Scheitern dieser Konferenz nicht aufhalten konnte, erinnerte daran, daß leichte diplomatische Erfolge ebensowenig ein Vorrecht Chinas wie Rußlands oder anderer Großmächte sind. Die Niederlage der chinesischen Diplomatie (und das Ende des Geistes von Bandung) war besiegelt, als sich China von der Algier-Konferenz zurückzog und diese auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Wenn die Führer der bündnisfreien Staaten hinreichend interessiert sind, um die einschlägige sowjetische und chinesische Literatur zu lesen, dann können sie feststellen, daß die offiziellen Lehrmeinungen über Bündnisfreiheit gar nicht so verschieden voneinander sind und es wahrscheinlich auch niemals waren. Weder die sowjetischen noch die chinesischen Führer sind geneigt, Bündnisfreiheit als etwas besonders Verdienstliches oder etwas Bleibendes anzusehen. Zwei Beispiele müssen genügen: In dem Artikel „Die bündnisfreien Länder und die Weltpolitik“ in der Zeitschrift *World Marxist Review* (April 1963) warnte der Autor die bündnisfreien Länder vor einer Haltung, die er „Blockfreiheits-Fetischismus“ nannte, und fuhr fort:

„Bündnisfreiheit ist die Alternative zu einer pro-imperialistischen Außenpolitik, und *nur mit der letzteren verglichen* ist sie ein Fortschritt. Einen neuen Typ internationaler Beziehungen verkörpert das sozialistische System: Beziehungen, die sich gründen auf die Prinzipien des Friedens, der Gleichheit, der Selbstbestimmung und der Achtung vor der Unabhängigkeit aller Länder sowie auf eine Diplomatie von grundlegend neuem Typ. Unverständnis für diese Tatsachen kann nur vom allgemeinen Entwicklungsweg der gegenwärtigen internationalen Beziehungen wegführen. Das hieße die Tatsache außer acht lassen, daß die Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme geteilt ist, in das sozialistische und in das kapitalistische; es hieße den Umstand ignorieren, daß in unserem Zeitalter das sozialistische Weltsystem ein Hauptfaktor

zur Sicherung des Friedens ist und daß die Zahl der sozialistischen Länder stetig zunehmen wird, während die kapitalistische Welt weiterhin schrumpfen wird. Gewiß ist die Zahl der bündnisfreien Länder in letzter Zeit gewachsen und wird weiter wachsen. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf das Auftreten neuer souveräner Staaten zurückzuführen.“

Der in Peking gedruckte und veröffentlichte *New Terminological Dictionary* definiert ganz ähnlich die „neutralistische Linie“:

„Das ist ein Phantasiegebilde, das nie Wirklichkeit werden kann. Auch die Theorie ist nicht richtig. In der heutigen Weltlage gibt es nur zwei Wege — entweder Unterstützung des Kapitalismus oder Unterstützung des Sozialismus —, einen dritten Weg gibt es nicht. Die Hoffnung, einen dritten Weg einschlagen zu können, ist vergeblich und zum Scheitern verurteilt.“

Wenn hier auf diese weiterbestehende Ähnlichkeit der Doktrinen hingewiesen wird, so soll damit natürlich nicht geleugnet werden, daß die letzten Jahre unmißverständliche Beweise für die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen den chinesischen und den sowjetischen Führern erbracht haben und daß diese Differenzen jetzt im Grunde nicht mehr zu überbrücken sind. Ein neuer Kalter Krieg zwischen zwei Großmächten — Moskau und Peking — ist im Gange. In diesem Boden keimt die Saat der Bündnisfreiheit in bezug auf diesen Konflikt, und wenigstens in einem bemerkenswerten Fall, nämlich in Rumänien, scheint sie schon feste Wurzeln gefaßt zu haben.

Globales und regionales Mächtegleichgewicht

Die Bezeichnungen „kommunistischer Neutralismus“ und „kommunistische Bündnisfreiheit“ gehören heute bereits zum Vokabular mehrerer westlicher Kommentatoren. Kommunisten dagegen zeigen, soviel ich weiß, wenig Enthusiasmus, diese Bezeichnungen auf sich selbst oder auf Genossen ihrer Bruderparteien anzuwenden. Alle, die sich als aufrechte Kommunisten fühlen, empfinden offenbar ein heftiges Widerstreben gegen den Gedanken, daß die Begriffe „Neutralismus“ oder „Bündnisfreiheit“ überhaupt auf sie anwendbar seien.

Bündnisfreiheit innerhalb der kommunistischen Welt ist nicht das gleiche wie in der

Dritten Welt. Doch keine der beiden Seiten fördert von sich aus den Polyzentrismus, wenn auch jeder bündnisfreie Staat versuchen mag, vom Polyzentrismus zu profitieren. Mißverständnisse darüber sind möglich, weil eine neue Situation im Prozeß der Entstehung entdeckt werden kann oder erst dann, wenn sie schon da ist. Wenn von der polyzentrischen Politik kleiner oder bündnisfreier Staaten gesprochen wird, wie das einige Experten für Weltpolitik heute gern tun, so erinnert das ein wenig an die Fabel von der Heuschrecke, die auf dem Rad einer fahrenden Kutsche saß und glaubte, die Welt drehe sich um sie.

Am besten läßt sich Bündnisfreiheit betrachten unter dem Gesichtspunkt von Wandlungen im Mächtegleichgewicht, sowohl im Weltmaßstab als auch auf regionaler Ebene. Alle bündnisfreien Staaten sind ungebunden in bezug auf die Allianzen der Großmächte, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre entstanden und eine bestimmte Machtverteilung eine Zeitlang in feste Formen brachten. Heute wird das Wesen der Bündnisfreiheit eines jeden Staates nicht so sehr von der Wirkungsweise des zentralen Mächtegleichgewichts beeinflusst als vielmehr vom Funktionieren des lokalen oder regionalen Mächtegleichgewichts. Nur Weltmächte, das heißt Mächte mit allumfassenden Interessen und allumfassendem Vermögen, können spürbar auf das allgemeine Gleichgewicht einwirken — wenn auch im Zeitalter der Atomwaffen natürlich alle Staaten mehr als nur ein symbolisches Inter-

esse an diesem Gleichgewicht haben. Aber jeder Staat, ob Bündnismitglied oder bündnisfrei, ist äußerst interessiert am Mächtegleichgewicht seiner Region, sei es Indien gegenüber China und Pakistan, Somalia gegenüber Kenia und Äthiopien, Israel gegenüber den arabischen Staaten oder Kambodscha gegenüber seinen Nachbarn. Bündnisfreiheit ist keine außenpolitische Allzweckhaltung und ist es nie gewesen. Die Vorstellung, es gebe eine leicht erkennbare Politik und Einstellung zu Weltproblemen, geheißene Bündnisfreiheit oder Neutralismus, ist durch viele populäre Reden und Schriften fast geheiligt. In Wirklichkeit führt sie sehr in die Irre. Es gibt keine Standard-Bündnisfreiheit, und es hat sie nie gegeben. Bündnisfreiheit muß als grobe, veränderliche Kategorie aufgefaßt werden — ebenso aber Bündnismitgliedschaft.

Bündnisse verhindern Atomisierung der Staatengesellschaft

Die Welt durchläuft jetzt eine Phase, in der die Militärbündnisse allenthalben in Verwirrung sind. Niemand wäre sonderlich überrascht, wenn die SEATO völlig auseinanderbräche, und immer wieder erfährt man von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO, der CENTO und des Warschauer Paktes. Aber es wäre falsch, die Tage aller Allianzen für gezählt zu halten oder auch nur anzunehmen, die NATO und der Warschauer Pakt seien unvermeidlich zur Auflösung verurteilt. Die Gesellschaft der souveränen Staaten mag zeitweise fast gänzlich atomisiert erscheinen, aber dieser Zustand ist nie von Dauer, und daß er es nicht ist, dazu haben Bündnisse stets ihren Teil beigetragen.

China und Frankreich sind zur Zeit mit ihren Allianzen offensichtlich unzufrieden, aber keiner der beiden Staaten hat sich bisher von allen seinen Bündnispflichten losgesagt. Ihre Einflußmöglichkeiten entstammen vielfach noch dem stark empfundenen Recht, die mit ihnen verbündeten Supermächte zu kritisieren und Ansprüche an sie zu stellen. Frankreichs Einfluß in der Welt würde wahrscheinlich abnehmen (Chinas revolutionärer Einfluß allerdings nicht), wenn es alle Bande zu den Bündnispartnern zerschneidet und die damit verbundenen Anrechte auf Gehör und gegenseitige Konsultation verliert. Immerhin haben die Aktionen Frankreichs, und mehr noch die Chinas,

in letzter Zeit eine alte Wahrheit in Erinnerung gebracht, die man in den frühen fünfziger Jahren offenbar vergessen hatte: daß Bündnisse nicht automatisch funktionieren und daß sie die ewig fließende Verteilung von Macht und Einfluß in der Welt nicht auf lange Zeit einfrieren können.

Die frühen fünfziger Jahre sahen das Crescendo des Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Wir erleben jetzt sein Diminuendo, und schon erscheint er vielen — meist oberflächlichen — Betrachtern weniger wichtig und weniger gefährlich als der chinesisch-sowjetische oder der chinesisch-amerikanische Kalte Krieg. Von der Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu reden, ist schon ein Gemeinplatz geworden, wobei zum Beweis unweigerlich der „heiße Draht“ und der Vertrag über das teilweise Verbot von Atombombentests angeführt werden. Aber man darf nicht vergessen, daß die speziellen Feindseligkeiten dieses Kalten Krieges noch nicht beendet sind und daß das multipolare System noch nicht voll existiert. Die Rivalität zwischen den USA und der UdSSR ist nicht nur eine militärische Konfrontation von beispielloser Kraftentfaltung, sondern zugleich ein Aufeinanderprallen entgegengesetzter Interessen, Ideen und Ambitionen.

Nach wie vor zwei große politische Zentren

Noch immer gibt es nur zwei Weltmächte, zwei Mächte, deren technische und militärische Überlegenheit über allen sonstigen klar zutage liegt und wahrscheinlich für den Rest dieses Jahrhunderts bestehen bleiben wird. Technische Überlegenheit löst jedoch nicht die politischen Probleme eines Landes; oft vermehrt und kompliziert sie diese Probleme. Es mag ermüdend sein, aber wenn man von Polyzentrismus spricht, muß man immer fragen: Zentren in welchem Sinne?

Frankreich und China haben gezeigt, daß sie fähig und entschlossen sind, der Führung Washingtons bzw. Moskaus Trotz zu bieten; aber sie selbst können nur auf sehr wenig regelmäßige Unterstützung von dritter Seite zuverlässig rechnen. Das gleiche kann man von Jugoslawien, Rumänien, Indonesien und der Vereinigten Arabischen Republik in ihren jeweiligen Wirkungssphären sagen. Alles in allem haben die beiden größten Mächte heute den Wunsch, den territorialen Status quo der

Welt zu stabilisieren; in diesem Sinne zumindest sind sie stabilisierende Zentren. Aber es gibt viel mehr als zwei politische Epizentren in der Welt, besonders in der Dritten Welt, und das größte potentielle politische Epizentrum von allen ist China.

Neutralismus und Polyzentrismus sind Bestandteile der immer gegenwärtigen, sich immer wandelnden Komplexität der Welt von heute. Es gibt keinen sicheren und einfachen Weg, ihre Bedeutung zu erkennen; dazu bedarf es der Untersuchung vieler verschiedener Formen. Soviel steht fest: in einer polyzentrischen Welt muß der Neutralismus vielgestaltig sein.

Für alle Staatsmänner (und überhaupt für alle, die sich mit Weltpolitik befassen) wird wahrscheinlich jedes der nächsten fünfunddreißig Jahre aufs neue ein Wort Trotzki bestätigen: „Wer ein ruhiges Leben wünscht, hat nicht gut daran getan, im 20. Jahrhundert zur Welt zu kommen.“

China und die kommunistische Bewegung

Dreißig Jahre absolute Autorität der KPdSU

Nach der bolschewistischen Machtergreifung in Petrograd im November 1917 war Rußland fast drei Jahrzehnte lang das einzige Land der Erde, in dem eine kommunistische Partei die Staatsgewalt in ihren Händen hielt. Die anderen kommunistischen Parteien — ob sie sich nun legal betätigen konnten oder im Untergrund arbeiten mußten — besaßen nicht die Machtmittel der Regierung, um ihre Ziele durchzusetzen, waren aber gleichzeitig frei von der Verantwortung für die Verwaltung eines souveränen Staates. Als Mitglieder einer organisierten internationalen Bewegung bestrebt, die Staatsmacht zu erobern wie ihre russischen Genossen, waren die nichtrussischen Parteien bereit, sich bei der Interpretation der marxistischen (oder nunmehr marxistisch-leninistischen) Lehre und bei der Festlegung der im gemeinsamen Interesse zu verfolgenden politischen Strategie den Weisungen Moskaus unterzuordnen. Moskau war ihr Mekka und ihr Rom; die russische Revolution ihr Vorbild und ihr Ansporn — ein Utopia, das nicht mehr im Reich des Idealen schwebte, sondern irdische Wirklichkeit geworden war. Die Sowjetunion vor den Mächten der kapitalistischen Welt zu schützen, war ihr erstes Anliegen, und sie erhofften sich sowjeti-

sche Hilfe für den Tag, an dem sie ihrerseits Revolution machen würden. Unter den Verhältnissen der zwanziger und dreißiger Jahre war ihre Unterordnung unter die höhere Autorität der Kommunistischen Partei der Sowjetunion freiwillig; der Kreml besaß keine Mittel, den Gehorsam von Menschen zu erzwingen, die außerhalb der Reichweite seiner politischen Polizei lebten. Aber die Treuegefühle waren stark genug, um eine weltweite Disziplin aufrechtzuerhalten. Kritiker der sowjetischen Politik wurden zum Schweigen gebracht oder aus ihren Parteien ausgestoßen, und vergebens donnerte Trotzki, der eine „Vierte Internationale“ schaffen wollte, gegen Stalin, den „Verräter der Revolution“. Ketzereien und Schismen wurden überwunden; die Gemeinschaft der Gläubigen blieb ungeteilt, und der Marxismus-Leninismus in der Fassung, die ihm Stalin gab, war verbindlich für alle Kommunisten der Welt. Als Hitler in seinem Bunker Selbstmord beging, während die siegreiche Rote Armee in den Straßen Berlins stand, schien es, als seien alle Abweichler widerlegt und als stünde der internationale Kommunismus unter russischer Führung vor einem Triumph von noch gewaltigeren Ausmaßen als die Revolution von 1917.

Der Sieg legte den Keim zum Zerfall

Der Triumph war in der Tat gewaltig, denn binnen fünf Jahren nach Kriegsende setzten sich die Kommunisten nicht nur in den Ländern Ostmitteleuropas bis zur Adria und zur Elbe, sondern auch in dem riesigen China, dem volkreichsten Land der Welt, in den Besitz der Macht. Aber dieser Sieg barg auch den Keim des Zerfalls. Parteien, die souveräne Länder regierten, waren nicht mehr so leicht durch eine internationale Zentralinstanz zu lenken wie vordem, als sie in Opposition zu ihren jeweiligen Regierungen standen. Statt einfach zu glauben und zu tun, was man ihnen sagte, fingen sie an, sich „Gedanken zu machen“. Selbst wo sie ihre Macht nur der Anwesenheit sowjetischer Besatzungstruppen

verdankten, wie in Polen und Ungarn, wurde ihnen die russische Bevormundung bald lästig. Noch viel widerspenstiger waren sie, wo sie — wie in Jugoslawien — die Macht hauptsächlich aus eigener Kraft erobert hatten. Jugoslawien war das erste Land, das aus Stalins wohlgeordneter Völkerfamilie ausbrach. Der Streit war nicht von Anfang an ideologischer Natur; er entzündete sich an der groben russischen Einmischung in jugoslawische Angelegenheiten. Aber als der Bruch unwiderruflich geworden war und der ganze Propagandaapparat der Sowjetunion in den Dienst der Verdammung Titos gestellt wurde, dehnten die Jugoslawen ihre Kritik, die bisher dem Verhalten der Russen gegolten hatte, auf die

sowjetische Doktrin aus, und der „Titoismus“ wurde eine Ideologie. Obgleich ursprünglich eine Linksabweichung, stellte er keinen Versuch dar, Rußland an revolutionärem Kampfgeist zu übertreffen. Jugoslawien war schließlich ein kleines Land und konnte kaum den Ehrgeiz haben, selbständige Basis einer weltrevolutionären Bewegung zu werden. Zudem war es nie ein Zentrum des europäischen politischen Denkens gewesen, sondern hatte immer unter dem geistigen Einfluß Westeuropas gestanden, so daß, nachdem der russische Bann gebrochen war, zwangsläufig eine Rückwendung nach dem Westen hin erfolgte. Jugo-

slawien blieb ein kommunistischer Parteistaat, doch trat innenpolitisch eine gewisse Lockerung des Regimes ein, während es außenpolitisch ein „blockfreies“ Land wurde und diplomatisch mit bürgerlichen, aber nach links neigenden, antikolonialistischen Staaten wie Indien und Ägypten zusammenarbeitete. Im Westen wurde der Titoismus nicht als Gefahr betrachtet; im Gegenteil, man begrüßte ihn als Anzeichen einer höchst erfreulichen Entwicklung, die von der Schrofheit des Stalinismus und der Härte des Kalten Krieges wegführen würde zu normaleren Formen des internationalen Verkehrs.

Falsche Mutmaßungen über China

Das Beispiel, das Titos Jugoslawien gab, führte jedoch viele politische Kommentatoren des Westens in die Irre. Sie zogen nämlich daraus den Schluß, wenn sich das kommunistische China ebenfalls von der russischen Vormundschaft befreie, dann werde es eine Entwicklung in ähnlicher, für den Weltfrieden günstiger Richtung einschlagen. Diese Beobachter hatten recht mit der Annahme, daß, wenn der Nationalstolz des kleinen Jugoslawiens die Russenherrschaft nicht ertrug, ein kommunistisches Regime im menschenreichsten Land der Erde erst recht nicht botmäßig bleiben würde. Aber unrecht hatten sie mit der Erwartung, ein des russischen Gängelbandes lediges China werde zur Ausöhnung mit dem Westen, zu einer Entspannung im Kalten Krieg und zu einer Abschwächung der revolutionären Ideologie geneigt sein. Genau das Gegenteil geschah: China nahm Rußland das Banner des militanten, weltrevolutionären Marxismus-Leninismus aus den Händen, gerade als Chruschtschow im Begriff war, es im Namen der friedlichen Koexistenz einzurollen. Dem Anspruch Mos-

kaus, daß Beschlüsse der Parteitage der KPdSU für die ganze kommunistische Weltbewegung bindend seien, setzte Peking den Anspruch entgegen, der einzige Erbe des reinen, unbefleckten Marxismus-Leninismus zu sein, und es schmähte die Nachfolger Stalins an der Spitze der KPdSU zusammen mit Tito als degenerierte Revisionisten. Chinas Bruch mit Rußland hatte keinen Kompromiß mit dem Westen zur Folge, sondern ein Bekenntnis zum Kommunismus in seiner militantesten und kompromißlosesten Form, das sowohl gegen den Westen als auch gegen Rußland gerichtet war. Tatsächlich wurden der Westen und Rußland auf eine Stufe gestellt, nicht nur wegen des angeblichen Zusammenspiels zwischen Chruschtschows Rußland und dem amerikanischen Imperialismus, sondern auch auf Grund der Tatsache, daß Rußland im wesentlichen eine europäische Macht ist, geopolitisch und historisch mit dem Westen verbunden, und damit im Gegensatz zu der afrikanisch-asiatischen Welt steht, deren Führungsmacht China sein will.

Russisches Überlegenheitsgefühl

Der Prozeß, durch den sich in China der Marxismus einem ethnozentrischen Nationalismus assimilierte, war die Wiederholung eines gleichartigen Prozesses in Rußland. Wie China war auch Rußland lange dem westlichen Einfluß ausgesetzt gewesen, und der Marxismus gehörte zu dem aus dem Westen importierten Ideengut. Die „Verwestlichung“, die mit den Reformen Peters des Großen begann, rüstete

Rußland mit der modernen Technik aus und machte es zu einer europäischen Großmacht; aber es blieb auf jeder historischen Entwicklungsstufe hinter den anderen zurück und galt noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als das „rückständigste“ der großen Länder Europas. Die lange geübte Praxis, beim Westen kulturelle Anleihen zu machen und ihn als Quell aller Aufklärung zu betrachten, schuf in Ruß-

land ein Gefühl der Demütigung und — als Reaktion — antiwestliche Ressentiments. Diesen Seelenzustand nutzten im 19. Jahrhundert die Slawophilen aus. Sie hielten die westliche Zivilisation für geistig verfault und sahen Rußlands Weg zum Heil in einer Wiedergeburt der religiösen Werte des alten orthodox-christlichen Rußlands, wie es vor den Reformen Peters gewesen war.

Aber dieser romantische Archaismus konnte sich in einer Zeit schnellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels nicht behaupten, und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts beschleunigte sich die Verwestlichung. Zu den radikalsten „Westlern“ gehörten die Marxisten. Sie waren Internationalisten, sahen ihr Vorbild in Westeuropa und glaubten — entsprechend der damaligen orthodox-marxistischen Auffassung —, daß die sozialistische Revolution zuerst in den höchstentwickelten Industrieländern ausbrechen müsse. Es geschah jedoch genau das Gegenteil: Die Bolschewiki eroberten und behaupteten die Macht in Rußland, während die Hochburgen des Kapitalismus in Großbritannien, Frankreich und Deutschland unversehrt blieben. Die Ereignisse widerlegten die marxistische Prognose, aber sie bestätigten die Vision Bakunins, der die Flammen des Aufstands in Moskau als Fanal für die versklav-

ten Völker der ganzen Welt gesehen hatte. Jetzt hatte sich das Blatt gewendet: da der Sozialismus die vorbestimmte höhere Stufe der menschlichen Entwicklung war, hatten sich die Russen durch ihre sozialistische Revolution mit einem Schlag aus einem rückständigen Volk in die Vorhut der Menschheit verwandelt. Sie waren jetzt keine Schüler mehr, sondern Lehrer; die Welt hatte von ihnen, den Pionieren der neuen Kultur, zu lernen. Von diesem momentanen Überlegenheitsgefühl war es nur ein Schritt zur Verherrlichung der nationalen Vergangenheit Rußlands, die unter Stalin so extreme Formen annahm: Die Russen, so hieß es jetzt, hatten als erste den Sozialismus erreicht, weil sie von jeher ein einzigartig begabtes und schöpferisches Volk waren. Bei all seinen Leiden in der Stalin-Zeit konnte sich das russische Volk doch immer an der Betrachtung der eigenen Größe erbauen, und seine internationale Isolierung war — von damit etwa verbundenen strategischen Gefahren einmal abgesehen — eher ein Anlaß zu Stolz als zu Bedauern. Es war nur natürlich, daß die kapitalistische Welt ihm feindlich gesinnt war, aber damit erkannte sie bloß seine Leistungen an. Fortschrittliche Menschen in aller Welt liebten und bewunderten es, wie die endlosen Züge von Pilgern bewiesen, die nach Moskau kamen und ihre preisenden Reden dem Eigenlob des Sowjetregimes hinzufügten.

China wurde wieder Reich der Mitte

All das hat sich nun in einem anderen Kontinent wiederholt, und diesmal nicht nur auf Kosten des Westens, sondern auch Rußlands. In China wie in Rußland war der Marxismus ein Einfuhrartikel aus dem Westen, nur mit dem Unterschied, daß er nach China via Rußland kam, denn in China gab es vor 1919 kaum jemanden, der etwas von Marx wußte. In China wie in Rußland ging der Marxismus im Zuge eines Verwestlichungsprozesses in das Geistesleben ein. Aber in China war dieser Prozeß nicht nur jüngeren Datums und viel abrupter, er war auch der Volkstradition bedeutend ferner und für die Chinesen weit demütigender, als er es je für die Russen gewesen war. Rußland mochte seit der Renaissance hinter der historischen Entwicklung Europas einherhinken; immerhin war es Miterbe der mittelalterlichen europäischen Kultur. China dagegen besaß seit drei Jahrtausenden seine eigene Kultur und hatte nur schwache Verbindungen zu vergleichbaren kulturellen

Zentren. Die konfuzianischen Schriftgelehrten, die noch vor einem Jahrhundert das chinesische Reich regierten, waren überzeugt, daß sie die einzigen wahrhaft zivilisierten Menschen in der Welt seien. Die Katastrophen, die gegen Ende des 19. Jahrhundert über China hereinbrachen, brachten die traditionelle Kultur in Mißkredit, und die jüngere Generation wandte sich verzweifelt der „westlichen Wissenschaft“ zu; aber es war ein bitteres, traumatisches Erlebnis, dergestalt von der Höhe ethnischer Selbstachtung herabzusteigen und bei „barbarischen“ Lehrern in die Schule zu gehen.

Der Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg brachte keine sofortige Änderung dieses Zustands. Das neue China schüttelte trotz den dominierenden politischen und kulturellen Einfluß Amerikas ab und errang in Nordkorea einen militärischen Sieg über die Armee der Vereinten Nationen. Doch die Volksrepublik blieb ein volles Jahrzehnt im politi-

schen und kulturellen Bannkreis der Sowjetunion — nicht als gewöhnlicher Satellit, aber als Mitglied eines Staatenblocks, dessen anerkannter Führer die Sowjetunion war. Die chinesischen Kommunisten waren von der Wirtschaftshilfe Rußlands abhängig und auf seinen militärischen Schutz angewiesen; sie hegten große und echte Bewunderung für Rußland als Heimat des Marxismus-Leninismus und waren bereit, von den „sowjetischen Erfahrungen“ zu lernen. Erst als der Zwist zwischen Peking und Moskau begann, von 1959 an, befreite sich China von der geistigen Vorherrschaft Rußlands, wie vorher von der Amerikas, und fand wieder zu sich selbst zurück — es wurde wieder das Reich der Mitte. Es borgte nicht mehr Ideen bei anderen, sondern war, seiner eigenen Einschätzung nach, die große Quelle von Wahrheit und Erleuchtung für die ganze Menschheit. Für diese Unabhängigkeit mußte ein hoher Preis gezahlt werden. Chinas Isolierung war wirtschaftlich drückend und strategisch gefährlich. Aber dafür haben die Chinesen seit 1960 die große Genugtuung, in ihren eigenen Augen und in denen ihrer Anhänger die einzigen wahren Marxisten-Leninisten zu sein. Gleich nach dem Begründer der wahren Religion kommt deren höchster rechtmäßiger Repräsentant; und die-

sen Rang nimmt China für sich in Anspruch, nachdem Rußland (nach chinesischer Auffassung) in die revisionistische Ketzerei abgeglitten ist.

Das soll nicht heißen, daß China den Streit mit Rußland vom Zaune gebrochen hätte, um seinen ideologischen Anspruch auf die Führung des Weltkommunismus geltend zu machen. Die Tatsachen, soweit sie bekannt sind, deuten darauf hin, daß China den Streit nicht gesucht hat; trat es doch noch auf der Moskauer Konferenz kommunistischer Parteien im November 1957 dafür ein, die Sowjetunion formell als Führer des kommunistischen Blocks zu bestätigen. Der Kampf wurde den chinesischen Kommunisten durch Chruschtschows Außenpolitik aufgezwungen, in der sie nicht zu Unrecht eine rücksichtslose Mißachtung ihrer Interessen erblickten. Als sich jedoch die politischen Meinungsverschiedenheiten zu einem ideologischen Disput ausgewachsen hatten und die Chinesen gründlich zum Widerstand gegen die russische Leitung der kommunistischen Weltbewegung gereizt waren, ging Peking von der Verteidigung zum Angriff über und trat als rivalisierender Führungsprätendent auf. Seit 1960 sind die chinesischen Ansprüche gewaltig gewachsen.

Chinesen bejahen sowjetische Führungsrolle

Wir haben uns so sehr an die Tatsache des Konflikts zwischen China und Rußland gewöhnt, daß es einigermaßen verblüffend wirkt, wenn man daran erinnert, daß China 1957 bemüht war, Polen zur ausdrücklichen Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle im kommunistischen Block zu bewegen. Es ging um die Neuformulierung der kommunistischen Prinzipien, die aus Anlaß des vierzigsten Jahrestages der bolschewistischen Revolution vorgenommen wurde. Jugoslawien lehnte es entschieden ab, einer Formel zuzustimmen, mit der die sowjetische Vorrangstellung anerkannt wurde, und Polen fand sich nur mit größtem Widerstreben bereit, das Prinzip zu akzeptieren. Die Polen waren überrascht, daß die Chinesen so hartnäckig auf dieser Klausel bestanden. Sie betrachteten die Chinesen nämlich als ihre Verbündeten im Streben nach Polyzentrismus in der kommunistischen Weltbewegung, und tatsächlich hatte Peking zur Zeit des „polnischen Oktobers“ in Moskau Fürsprache für die Polen eingelegt. Aber Mao Tse-tungs Haltung war 1957 völlig konse-

quent. Er betrachtete den Block kommunistischer Staaten in erster Linie als ein Militärbündnis. Dieses brauchte einen Führer, der in Kriegszeiten die oberste Befehlsgewalt ausübte und im (zeitweiligen) Frieden Diplomatie und Strategie koordinierte. In diesem Sinne war die Sowjetunion dank ihrer überlegenen wirtschaftlichen und militärischen Stärke der natürliche Führer des Blocks. Andererseits bejahte Mao das Recht jedes Blockmitglieds, seine inneren Angelegenheiten ohne Einmischung Moskaus selbst zu regeln; die Idee der „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ hatte seine volle Unterstützung. Diese Konzeption des Blocks als Mächtekoalition ging von der Voraussetzung aus, daß sich die Sowjetunion in einem Zustand permanenter Feindschaft gegenüber der nordatlantischen Koalition unter Führung der Vereinigten Staaten befinde und daß jeder Verhandlung mit dem Feind Konsultationen innerhalb des kommunistischen Blocks vorausgehen müßten, damit die verschiedenen Interessen seiner Mitglieder berücksichtigt würden. Mao glaubte,

daß der Block durch vereinte Anstrengungen große weltpolitische Erfolge erzielen könne. Zu dieser Zeit prägte er das Wort von dem Ostwind, der den Westwind besiege. Wie es

scheint, war er tief beeindruckt von dem ersten russischen Sputnik und nahm an, daß Rußland damit das entscheidende militärische Übergewicht über den Westen erlangt habe.

Der Treubruch der Sowjetunion

Tatsächlich trieb jedoch die Sowjetunion nach 1957 eine Politik, die die Chinesen zunächst enttäuschte und dann in Wut versetzte. Chruschtschow machte im Herbst 1958 eine drohende Geste gegen Berlin, unternahm aber nichts, als der Westen fest blieb, sondern leitete vielmehr versöhnliche Schritte gegenüber den Vereinigten Staaten ein, die schließlich in seiner Amerikareise und seinem Treffen mit Eisenhower in Camp David gipfelten. Zweifellos hoffte er, seine Ziele in Berlin auf die sanfte Tour zu erreichen. Da aber diese Aufgabe an sich schon schwierig genug war, hatte er keine Lust, sich die Sache noch schwerer zu machen, indem er zusätzlich chinesische Forderungen auf die Tagesordnung setzte. Bald wurde der chinesischen Regierung klar, daß er bereit war, mit den Amerikanern ein Übereinkommen zu schließen, bei dem China leer ausgehen würde. Dann kam im Herbst 1959 der militärische Zusammenstoß Chinas mit Indien in Ladakh, wobei sich die Sowjetunion für neutral erklärte. Das war in chinesischen Augen ein unverzeihlicher Treubruch. In seinem Konflikt mit Indien erwartete und brauchte China keine materielle Hilfe von Rußland; aber das Prinzip der internationalen kommunistischen Solidarität verlangte, daß ein kommunistischer Staat einen anderen kommunistischen Staat im Streit mit einem bürgerlichen Staat stets politisch unterstützte. Später datierte die chinesische Presse von dieser Stellungnahme Moskaus den Beginn des sowjetisch-chinesischen Konflikts.

In den Augen der Chinesen versäumte es die Sowjetunion, die gemeinsamen Interessen

der kommunistischen Staaten zu vertreten, die mit den sowjetischen Sonderinteressen nicht ohne weiteres identisch waren. Das war der Grund, weshalb sie es der Sowjetunion so sehr übel nahmen, daß sie China nicht half, eine Atommacht zu werden. Bei echter brüderlicher Solidarität der kommunistischen Staaten hätte es den Grundsätzen vernünftiger Arbeitsteilung entsprochen, wenn Rußland weiterhin für das nukleare Arsenal sorgte, während China sein relativ bescheidenes Industriepotential zur Herstellung konventioneller Waffen benutzte. Aber nach den Ereignissen von 1959/60 konnten die chinesischen Kommunisten nicht mehr vertrauensvoll auf Rußland als den Hüter ihrer Interessen blicken; die Verfolgung einer unabhängigen Großmachtspolitik schien ihnen vielmehr den Besitz eigener Kernwaffen zu erfordern. Daher konzentrierten sie alle Anstrengungen auf die Produktion solcher Waffen, obgleich dadurch der chinesischen Wirtschaft schwere Lasten auferlegt wurden. Die Schwierigkeit der Aufgabe, Atombomben ohne sowjetische Hilfe herzustellen, verstärkte die Erbitterung der Chinesen gegen die Russen. Weiter verschärft wurde der Konflikt, als die Sowjetunion mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten den Vertrag über das Verbot von Kernwafferversuchen abschloß. Peking erblickte darin einen Versuch, den Besitz nuklearer Macht für alle Zeiten auf jene Staaten zu beschränken, die sie bereits besaßen, und eine Bestätigung seiner These, daß Moskau und Washington unter der Hand einig geworden seien, sich in die Weltherrschaft zu teilen.

Ist China wirklich kriegslüsterig?

In der ideologischen Polemik, die diese politischen Konflikte auf die Ebene der Theorie hebt, vertreten die Chinesen den Standpunkt, die heutigen russischen Kommunisten verschleuderten das Erbe Lenins und Stalins, sie seien schlaff und feige geworden, verteidigten nicht mehr die Sache des internationalen Kommunismus und hätten sich der Illusion er-

geben, man könne den Sieg ohne bewaffneten Kampf und ohne Blutvergießen erringen. Sie lehnen die auf dem XX. Parteitag der KPdSU verkündete These ab, eine kommunistische Partei könne ohne Gewaltanwendung die Macht im Staat übernehmen, und werfen den Russen vor, sie sprächen von der „friedlichen Koexistenz“, als sei dies eine Zauber-

formel, durch die man die Realitäten des Klassenkampfes und der imperialistischen Aggression verschwinden machen könne. Auf die sowjetische Anschuldigung, sie seien Kriegstreiber, erwiderten die Chinesen, über Krieg oder Nicht-Krieg entschieden die Imperialisten, und diese würden einen Krieg weniger leichtfertig anfangen und ihn weniger erfolgreich führen, wenn ihnen kampfbereite revolutionäre Kräfte gegenüberstünden. Imperialisten seien Papiertiger, sagen die Chinesen; sie seien nicht so stark, wie sie aussähen, man dürfe nur keine Angst vor ihnen haben; die Russen in ihrer übertriebenen Kriegsfurcht beugten sich der „nuklearen Erpressung“ der Amerikaner und duldeten die Unterdrückung nationaler Befreiungskriege, während China das Banner des unbefleckten Marxismus-Leninismus hochhalte und allen Völkern helfen würde, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen.

Aus dieser ganzen Polemik schält sich das Bild eines sanften, friedlichen Rußlands heraus, das nie etwas tut, was Spannungen in der Welt erzeugen könnte; ihm gegenüber steht ein rabiates, kriegslüsternes China, das Unruhe stiftet, wo es nur kann. Soweit dieses Bild im Westen ernst genommen wird, ist es äußerst vorteilhaft für Rußland; denn gerade die Tendenzen, die von den chinesischen Kommunisten als Vorstöße gegen marxistisch-leninistische Parteipflichten gebrandmarkt werden, sind für den westlichen Liberalismus sympathische Züge. Vergleicht man jedoch nicht die polemischen Äußerungen Rußlands und Chinas, sondern ihr wirkliches Verhalten in den letzten Jahren, so stellt man durchaus nicht den Kontrast fest, den man eigentlich erwarten sollte. Seit 1945 war die Welt einem großen Krieg am nächsten während der Kuba-Krise im Jahre 1962, aber damals war nicht China, sondern Rußland der Hauptakteur auf

der kommunistischen Seite. Formosa ist für China ein schmerzhafterer Pfahl im Fleische als West-Berlin für Rußland, aber seit 1958 hat China nicht den leisesten Versuch gemacht, auch nur die Inseln Quemoy und Matsu unmittelbar vor seiner Küste zu erobern. Selbst was die „nationalen Befreiungskriege“ anlangt, kann man schwerlich behaupten, daß China hier in den letzten fünf oder sechs Jahren energischer oder provozierender eingegriffen hätte als Rußland. Es war Rußland und nicht China, das Castros Kuba materiell gegen die zürnenden USA unterstützte; China leitete seine Hilfe hauptsächlich in Form von Massenkundgebungen in Peking. In der Geschichte der ausländischen Einmischungen im Kongo seit 1960 figuriert Rußland an ebenso prominenter Stelle wie China; nicht China, sondern Rußland errichtete eine „Lumumba-Universität“ und ermunterte Ägypten, den kongolesischen Rebellen Waffen zu liefern, die es aus eigenen Beständen zu ersetzen versprach. In dem an China grenzenden Laos, wo die Bedingungen für eine chinesische Intervention besonders günstig schienen, hat es fast überhaupt keine Intervention gegeben; auf prokommunistischer Seite militärisch einzugreifen, überließ China den Nord-Vietnamesen, und die Luftbrücke zu den Pathet Lao im Jahre 1961 stellten nicht chinesische, sondern russische Flugzeuge her. Im Vietnam-Krieg schließlich ist Chinas Hilfeleistung an Nord-Vietnam bisher nicht wesentlich größer gewesen als die Rußlands, obwohl die chinesischen strategischen Interessen viel mehr berührt sind als die russischen. Sowohl Rußland als auch China helfen dem vietnamesischen kommunistischen Regime, aber zur Stunde ist keines von beiden bereit, die Hilfe bis zu direkten Kampfhandlungen gegen die amerikanischen Streitkräfte zu treiben.

Wirkungen der chinesischen Polemik

Es scheint also, daß in der Praxis die revolutionäre Aktivität Rußlands in den letzten Jahren größer und die Chinas geringer war, als man auf Grund ihrer gegenseitigen Beschuldigungen annehmen sollte. Das Gebrüll des chinesischen Löwen klingt zwar furchteinflößend, aber die Bestie steht nicht zum Sprung bereit, sondern liegt ruhig da. Das Gebrüll hat jedoch eine Wirkung auf Rußland. Denn die Russen sind zwar ebenso aufgebracht über die Chinesen wie umgekehrt, aber es kann Rußland nicht gleichgültig sein, wenn vor den

kommunistischen Parteien der ganzen Welt und vor den antiimperialistischen Fanatikern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas seine revolutionäre Ehre in den Schmutz gezogen wird. Es ist schwer abzuschätzen, in welchem Maße die Furcht vor chinesischen Anschuldigungen und der Wunsch, China bei den „fortschrittlichen Elementen“ auszustechen, den Kreml von Bahnen abgeführt haben, denen er sonst gefolgt wäre. In einigen Fällen hätte Rußland wohl auch ohne das höhrende und anstachelnde China so gehandelt, wie es ge-

handelt hat. Aber in der jüngsten Phase des Vietnam-Krieges wäre Rußland wahrscheinlich bereit gewesen, einer internationalen Konferenz zuzustimmen, hätte es nicht die chinesische Anklage befürchten müssen, es verrate das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus.

Am stärksten wirkt aber die chinesische Polemik ohne Zweifel auf die Chinesen selbst. Sie rechtfertigt das Regime vor der eigenen Bevölkerung, zeigt Mao Tse-tung in einer noch glanzvolleren Rolle und verschafft dem chinesischen Volk das Gefühl, wieder im Mittelpunkt der Welt zu stehen. Die russischen Industrieberater mögen verschwunden sein und ihre Konstruktionszeichnungen mitgenom-

men haben; die „fortschrittliche militärische Technik“, die die russischen Militärs die Chinesen lehren sollten, mag noch fehlen; aber die Chinesen können sich der eigenen Tugendhaftigkeit freuen und glücklich sein in dem Gedanken, wie recht sie haben. Sie haben jetzt den Urquell der wahren Lehre in Besitz, und das ist wichtiger als jeder materielle Fortschritt. Aber ein erheblicher materieller Fortschritt ist nichtsdestoweniger zu verzeichnen, wenn er auch bedeutend langsamer vor sich geht, als ursprünglich erhofft wurde. Und schließlich sind auch die Atomexplosionen in der Wüste Lop für China eine Bestätigung, daß es wirklich eine Großmacht ist und daß es in Zukunft noch stärker sein wird als jetzt.